

# Mehrwertsteuer

## Es wird vermutlich teurer

Am 1. Januar 1968 wurde in der Bundesrepublik Deutschland die Mehrwertsteuer mit einem Steuersatz von 10% eingeführt. Die Idee dazu hatte Carl Friedrich von Siemens schon 1919, der die Umsatzsteuer kritisierte, weil sie um so höher ausfiel, je mehr Unternehmen ein Produkt von seinen Vorprodukten bis zur Auslieferung an den Kunden durchlief. Dadurch waren Firmen, die die gesamte Fertigung im Haus erledigten steuerlich günstiger, als solche mit geringerer Fertigungstiefe.

Es ging also um Zweierlei: Die Besteuerung von Unternehmen zu ändern und die Fertigungstiefe, also ob ein Unternehmen alle Herstellungsschritte im Haus erledigte, oder ob es sie außer Haus gab.

Der Verbraucher spielte zunächst mal keine Rolle, oder nur insofern er Produkte, die weitgehend in einer Firma hergestellt wurden mit einem günstigeren Umsatzsteuersatz bekam, als solche, an denen mehrere Firmen mit gewirkt hatten ( Arbeitsteilung ).

Heute erheben über 120 Länder die Mehrwertsteuer mit der sie im Schnitt 25% ihrer Einnahmen erzielen.

Ziel war, dass alle an einer Ware oder Dienstleistung beteiligten Unternehmen nur für den von ihnen geschaffenen Mehrwert Umsatzsteuer bezahlen müssen. Der Endverbraucher jedoch muss die gesamte für den Mehrwert fällige Steuer aller beteiligten Unternehmen bezahlen und hat keine Möglichkeit den durch Vorsteuerabzug zu mindern. Der Endverbraucher bezahlt also die gesamte Umsatzsteuer.

Die Mehrwertsteuer stieg in Deutschland bis 2007 auf 19%, hat sich also fast verdoppelt, wenn man von geringeren Steuersätzen für bestimmte Betriebe und Güter absieht, die meist mit 7% besteuert werden. Der Anteil der Mehrwertsteuer am gesamten Steueraufkommen stieg von 1999 und 30,2% bis 2022 auf 35%., wobei die Summe von 453 Mrd. Euro auf 815 stieg.

Dieser Anstieg deutet darauf hin, dass der Staat andere Steuern nicht im gleichen Maße anhob, oder aber, dass er mit dem Steueraufkommen seine Aufgaben nicht mehr bezahlen konnte und die Steuern deswegen anhob.

Versucht man die Mehrwertsteuer zu bewerten, dann ermöglichte sie es Firmen die Fertigungstiefe zu senken und bestimmte Schritte der Fertigung in andere Firmen, u. U. Billigere, oder in Tochterunternehmen, auszulagern, ohne, dass das - wie früher - das Produkt verteuert. Ob das im Sinne der Endverbraucher und der Arbeitnehmer ist, kann man bezweifeln, aber schon Benz baute seinen Motor in eine von einem Wagenbauer gelieferte Kutsche ein.

Auf den ersten Blick sieht die Mehrwertsteuer gerecht aus, weil jede an einer Ware oder Dienstleistung beteiligte Firma nur für den von ihr erzeugten Mehrwert Steuern bezahlen muss, die es sich vom Endkunden erstatten lässt.

Schaut man sich die Mehrwertsteuer jedoch aus der Sicht des Verbrauchers an, dann gibt es da schon Ungerechtigkeiten: Wer arm ist und alles Geld, was er verdient für Wohnen und Ernährung ausgeben muss, der zahlt davon noch 19 bzw. ermäßigt 7% Mehrwertsteuer, egal wie viel Lohn- oder Einkommenssteuer er sonst noch bezahlen muss. Hat jemand 300 Euro im Monat für Ernährung, gehen davon 21 – 57 Mark an Steuern weg, also bis zu einem Sechstel.

Wer dagegen reich ist, der hat viel mehr Möglichkeiten Steuern zu sparen, wovon nicht nur Steuerberater profitieren, sondern auch Gaststätten, in denen sich der Reiche einen Bewirtungsbeleg geben lässt und die Kosten für das Essen abschreibt. Zudem werden Reiche öfter mal eingeladen, oft auf Firmenkosten. Das passiert dem Armen fast nie. Einige Reiche haben Firmen, auf die das Auto zugelassen ist, das für sie als "Dienstwagen" gilt, und was der Tricks mehr sind. Wer eine Firma hat, kann in manchen Fällen die Umsatzsteuer legal erstattet bekommen. Nur wer den Hals nicht voll genug bekommt, wendet kriminelle Tricks wie die "Cum-Ex-Geschäfte" an, bei denen man sich nie gezahlte Steuern mehrfach erstatten ließ.

Solche Möglichkeiten zum Steuersparen haben kleine Leute nicht, vor allem dann nicht, wenn sie praktisch von der Hand in den Mund leben müssen, denn an der Kasse im Supermarkt muss man bezahlen was gefordert wird, inklusive der Mehrwertsteuer.

Das alles bedeutet, dass eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer, wie sie durch die Belastungen durch den russischen Angriff auf die Ukraine, aber auch wegen des Klimawandels und der herunter gekommenen Infrastruktur ( Bahn, Straßen, Brücken, Telekommunikation etc. ) wahrscheinlich wird, die kleinen Leute am meisten trifft, während die Reichen sehr wahrscheinlich neue Tricks finden, um sich vor Steuern zu drücken. Wir haben schon jetzt ungefähr 40% der Mitbürger, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Es besteht also die Gefahr, dass die Spaltung der Gesellschaft sich noch verstärkt, was nicht nur zu Wahlerfolgen von Populisten führt, sondern auch zu Unruhen und Gewalt beitragen könnte.

Die Reichen, die in den 1950 Jahren noch einen Spitzensteuersatz von 91% bezahlen mussten, haben heute nur noch rund die Hälfte ( 46% ) zu bezahlen. Ist das gerecht? Damals schuf man das Wirtschaftswunder; heute geht es eher bergab. Hinzu kommt, dass über die Hälfte der Reichen den Reichtum geerbt und nicht etwa selbst erwirtschaftet hat. Und die 10% der Reichsten sind für über die Hälfte aller Umweltschäden verantwortlich. "Führen heißt Vorleben!?" Davon merkt man wenig.

Wenn man versucht eine gerechte Besteuerung zu finden, dann wäre es naheliegend, wenn jeder so viel zum Großen Ganzen beiträgt, wie er a) kann und b) an Besitz ( Erworbenem ) hat. Wer Besitz oder Geld hat und damit Geschäfte macht ( Aktien, Spekulation ), der sollte selbstverständlich mehr abgeben, als jemand, der mit Müh und Not über die Runden kommt.

Dass für viele Alte die Rente so gering ausfällt, dass sie arm sind, ist nicht einzusehen, auch, wenn man verstehen kann, dass jemand, der durch Krankheit früh verrentet werden muss, oder einen schlecht bezahlten Beruf hatte, weniger für die Rente "verdienen" konnte, als jemand der 40 oder mehr Jahre gearbeitet hat. Wie schafft man da Gerechtigkeit? Den Weg der letzten Jahre, als man von Seiten der Regierungen ( nach dem Plündern der Rentenkassen ) jedem empfahl

selbst zusätzlich vorzusorgen, kann man wohl nicht als fair oder gerecht bezeichnen, denn in vielen Dienstleistungsberufen verdient man weniger, als ein Facharbeiter in einer Fabrik. Werden selbst diese Arbeitsplätze ins Ausland verlegt, oder durch Maschinen ersetzt, führt das zu mehr Menschen, deren Rente in Zukunft nicht mehr reichen wird.

Wobei Frauen meist noch schlechter dran sind, weil ihre Arbeit bei der Erziehung der Kinder oder bei der Pflege der Eltern kaum dazu beiträgt ihre Rente zu erhöhen. Sie sind in vielen Bereichen immer noch eine Art "Arbeitskräfte-Reservoir". Die Emanzipation hat das - unbeabsichtigt - verschärft, weil nun noch die Berufstätigkeit als weitere Belastung hinzu kam.

Betrachtet man die Lage, in der eigentlich kräftiges Geld-ausgeben zur Sicherung der Infrastruktur, aber auch der Verteidigungs-Fähigkeit und an erster Stelle zur Bekämpfung des Klimawandels nötig wären, dann fragt man sich, woher dieses Geld kommen soll. Entweder man erhöht die Steuern, oder man senkt die Ausgaben, nur wo ginge das denn noch, ohne schwerwiegenden Nachteile für die Bürger und das Land? Erhöht man die Mehrwertsteuer trifft das vor allem die Ärmeren und treibt einen Teil von ihnen zu Populisten und Extremisten.

Erhöht man die Steuern nicht - weil man niemand verärgern will - sind die notwendigen Aufgaben wohl nicht zu schaffen und der Bürger leidet an anderen Stellen, etwa durch die unzuverlässige Bahn, schlechte Straßen und Infrastruktur.

Schon beim Heizungsgesetz hat man gesehen, dass eine im Grunde vernünftige Maßnahme um dem Klimawandel zu begegnen, auf so viel Widerstand stieß, der auch von Medien orchestriert wurde, dass die Regierung schlecht da stand. Dasselbe Spiel bei der Abschaffung der Dieselförderung für Bauern. Demonstrationen in ganz Europa ( natürlich im Winter, wenn die Bauern eher Zeit haben ), damit ja niemand die Privilegien der Bauern angreift. Dabei zeigten die meist modernen Traktoren, dass es den Bauern gar nicht so schlecht gehen kann. Wenn jeder halbwegs vernünftige Vorschlag sofort von der Opposition schlecht gemacht wird, aber ohne zu sagen, wie es vielleicht besser ginge und Medien sich vor den Karren von Interessengruppen spannen lassen, dann geht es der Demokratie schlecht. Dass es für Bürger und Bauern langfristig teurer werden wird, wenn man die Aufgaben nicht rechtzeitig anpackt, können alle bei der Bahn sehen, die die Instandhaltung ihres Netzes versäumte, weil sie an die Börse gehen sollte.